Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 2000,— M., durch die Post bezogen monatlich 2000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 650,— M. Einzelnummer 80,— M. Sonnabendnummer 100,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 200,— M., auswärts 250,— M., die 8gespaltene Reklamezeile 800,— M., auswärts 1000,—, Ausland 1600 u. 5000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 60 M.

Nr. 29 | Dresden, Sonnabend den 3. Februar 1923 | 34. Jahrg.

Ausschreitungen der Devisenspekulation

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der Reichstag trat am Freitag in die zweite Beratung des Reichshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1923 ein. Mit der Beratung des Haushalts des Reichskanzlers war der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verbunden. Der bayerische Gesandte, v. Preger, erklärte dazu, die Verordnung, die den Ausnahmezustand in Bayern verhängt habe, sei erfolgt, weil aus Anlaß des nationalsozialistischen Parteitages eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung ernstlich zu besorgen gewesen wäre. Die bayerische Regierung habe die Maßnahme von vornherein als ganz vorübergehend angesehen. Vermutlich werde sie schon in den allernächsten Tagen den Ausnahmezustand aufheben können. — Unser Genosse Müller, Franken, erklärte darauf, daß nach dieser Erklärung heute kein Anlaß zur Aussprache über unsern Antrag vorliege. Wir nehmen die Erklärung der bayerischen Regierung so hin, wie sie ausgesprochen worden ist, und sind damit einverstanden, daß die Abstimmung über unsern Antrag ausgesetzt wird. Hebt die bayerische Regierung den Ausnahmezustand in den allernächsten Tagen auf, so erledigt sich unser Antrag von selbst, im andern Fall muß er das Parlament noch beschäftigen.

In einer vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehörten Rede sprach Abg. Schmidt, Berlin (Soz.), der frühere Reichswirtschaftsminister, über die verwüstenden Manipulationen an den deutschen Börsen. Er machte u. a. der Berliner Handelskammer den Vorwurf, daß sie zu einer Umgehung der Devisenordnung die Hand biete, indem sie an alle möglichen Personen die Erlaubnis zum Devisenhandel gebe, die sich früher niemals mit Bankgeschäften befaßt hatten. Ferner wies Genosse Schmidt nach, daß die Exporteure die deutsche Währung dadurch schädigen, daß sie die Exportdevisen zurückhalten, dafür zu hohen Kursen Devisen aufkauften und diese teuren Devisen der Reichsbank ablieferten. Dies führe u. a. zu einer enormen Verteuerung des mit diesen Devisen von der Reichsregierung eingekauften ausländischen Getreides. Robert Schmidt verlangte u. a. einen Ausbau der Devisenordnung, ein wertbeständiges Papier und Devisen-Zentralisation.

Der Deutschvölkische v. Graefe wußte in dieser ernsten Situation nichts andres vorzubringen, als etliche Klagen über schlechte Behandlung seiner nationalsozialistischen Parteifreunde und über das Verbot einiger deutschvölkischer Radauversammlungen. — Reichsminister des Innern Dr. Oeser las dem deutschvölkischen Beschwerdeführer die Antwort der Lübecker Regierung über das Auftreten des Herrn v. Graefe und seiner Freunde an der Wasserkante vor. Dieses Schreiben war eine vernichtende Abfertigung des deutschvölkischen Abgeordneten und das ganze Haus nahm die Verlesung des Schreibens mit lebhaften Zurufen und wiederholter Heiterkeit auf. Kennt man doch im Reichstag den Provokateur v. Graefe viel zu genau, um nicht zu wissen, wie leicht sich gerade die von ihm veranstalteten Versammlungen zu Radaukundgebungen entwickeln müssen. Die Behauptung des Herrn v. Graefe, daß die in Gera von der Schupo aus dem Eisenbahnzug herausgeholten nationalsozialistischen Jünglinge nicht bewaffnet gewesen wären, wurde sofort von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann, Saalfeld, auf Grund eines Telephongespräches mit dem thüringischen Ministerpräsidenten widerlegt.

Der Reichstag verabschiedete dann den Gesetzentwurf über **Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung.** Dieses Gesetz bringt eine fünf- bis siebenfache Erhöhung der bisherigen Renten, um diese einigermaßen an die rasende Geldentwertung anzupassen. Mehrere kleinere Gesetzentwürfe wurden in allen Lesungen angenommen, darunter ein Gesetzentwurf, der die Ausprägung von Ersatzmünzen im Werte bis zu 1000 M. ermöglicht. Sodann wurde noch in allen drei Lesungen eine Aenderung des Bankgesetzes und der Gesetze betreffend die Metallreserven der Privatnotenbanken angenommen. Dieses Gesetz bringt den Privatnotenbanken für die Ausgabe von Noten dieselbe Erleichterung wie bisher der Reichsbank.

Eine kurze, aber lebhafte und heftige Debatte entspann sich über die Frage, wie lange der Reichstag vertagt werden soll. Die bürgerlichen Parteien beantragten Vertagung erst bis zum 13. und dann bis zum 12. Februar. Genosse Herwann Müller widersprach diesem Antrage entschieden. In einer so kritischen Zeit müsse der Reichstag zusammenbleiben. Gewiß sei zuzugeben, daß die Abgeordneten der besetzten Gebiete nur unter großem Zeitverlust in ihre Wahlkreise gelangen könnten. Aber die Rücksicht auf die allgemeine Lage, auch im unbesetzten Gebiet, müsse entscheidend sein. — Mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die linken Parteien wurde die Vertagung bis zum 12. Februar beschlossen. Die Sozialdemokratie war nur geneigt, einer Vertagung bis zum 6. Februar zuzustimmen.

•

Gegen die Börsenschieber

Hamm, 2. Februar. (W. T. B.) **Die Funktionäre aller dem Gewerkschaftsring angeschlossenen Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten aus dem Ruhrgebiet faßten gestern folgende Entschließung: „Die am 31. Januar versammelten Vertreter des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände aus dem besetzten Gebiet bringen ihren unverbrüchlichen Willen zum Ausdruck, den Angriff der Franzosen auf eine friedliebende und arbeitsame Bevölkerung mit allen Kräften bis zum vollen Erfolge abzuwehren. Eine der sichersten Bürgschaften für diesen Erfolg würde in der Sicherung der Ernährung in dem vergewaltigten Gebiet bestehen. Die Reichsregierung ist verpflichtet, alles für diese Sicherung einzusetzen und dem verhängnisvollen Treiben an der Börse energisch Einhalt zu gebieten.**

An die deutschen Produzenten und den deutschen Handel wird das dringende Ersuchen gerichtet, die hart kämpfende Ruhrbevölkerung nicht nur durch nationale Beteuerungen, sondern durch praktischen Patriotismus wirksam zu unterstützen. Insbesondere wehren sich die Vertreter des Gewerkschaftsringes mit aller Entschiedenheit dagegen, daß systematische Abwehrmaßnahmen, deren Erfolge erst allmählich reifen können, in gewissenloser Weise zu Börsenmanövern ausgenutzt und von einem gewissen Teil der deutschen Presse unverantwortlich sensationell aufgebauscht werden. Indem die Versammelten die Erfüllung dieser Voraussetzungen als eine nationale Selbstverständlichkeit ansehen, unterstreichen sie wiederholt ihren Willen zur entschiedenen Abwehr. Sie wenden sich an die Arbeitnehmer der ganzen Welt und rufen sie zur moralischen Unterstützung in diesem Kampfe des gesunden Menschenrechtes gegen die rohe Gewalt auf. Der Sieg des Rechts muß gewiß sein."

Die neue Wohnungsabgabe

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Abänderung des Wohnungsabgabegesetzes unterbreitet. Dieser Entwurf fordert, daß die Abgabe ab 1. Januar d. J. von den Nutzungsberechtigten solche Gebäude und Gebäudeteile, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, um das 15fache erhöht werden soll. Ferner soll die Reichsregierung ermächtigt werden, die Höhe der Abgabe mit Zustimmung des Reichsrats abzuändern. Diese neue Belastung der Mieter, die insbesondre die Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, wird eine starke Beunruhigung hervorrufen. Würden wir aber unsre Stellung zu der Vorlage nur von dem einen Gesichtspunkt abhängig machen, ob die neue Belastung bei dem jetzigen Einkommen der Mieter getragen werden könne, so würden wir der Bedeutung der Wohnungsfrage und den in Neubildung begriffenen Wohnrechtsfragen nicht gerecht.

Die Wohnungs- und die Mietzinsbildung ist der einzige bedeutende Wirtschaftszweig, für den die Kriegszwangswirtschaft fortentwickelt ist und in der versucht wird, ein neues Mietzinsbildungs- und Wohnrecht zu stabilisieren. Das Reichsmietengesetz beseitigt die Alleinherrschaft der Hauseigentümer bei der Festsetzung der Miete. Ohne die Zwangsbewirtschaftung und ohne die Wirksamkeit dieses Gesetzes hätten wir heute sicher den tausendfachen Betrag der Friedensmiete zu entrichten. Die Grundrente der Hausbesitzer und die Werte der Hypothekengläubiger wären im gleichen Maße emporgeschnellt. Der Wohnungsausschuß des Reichstags hat das vorgelegte Mieterschutzgesetz in erster Lesung fertiggestellt. Dieses Gesetz wird jedem Besitzer einer Wohnung ein gesetzliches Wohnrecht sichern, und die Kündigung der Wohnung wird hiernach nur auf dem Wege einer Klage beim ordentlichen Gericht erfolgen können. Das bedeutet eine völlige Veränderung des Rechtszustandes gegenüber den bisherigen Verhältnissen. Die Entscheidung darüber, ob der Mieter aus seiner Wohnung durch Kündigung entfernt werden kann, wird aus den Händen des interessierten Hausbesitzers genommen und einer objektiveren Stelle zur Entscheidung unterbreitet. Das ist der Anfang eines demokratischen Wohnrechts und einer Mietzinsbildung, die eine unrechtmäßige Bereicherung der Hauswirte und der Hypothekare verhindern kann. Diese geringen Errungenschaften werden allerdings von den meisten bürgerlichen Parteien und den materiell interessierten Kreisen mit allem Nachdruck bekämpft und wenn es nach deren Wunsch geht, so werden diese Einrichtungen nur eine vorübergehende Erscheinung bleiben, und an deren Stelle wird recht bald die freie Wirtschaft treten. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die freie Wirtschaft für alle Mieterkreise eine sehr große Gefahr bedeutet. Der beste Schutz hiergegen ist: 1. Die Erhaltung des alten Wohnbestandes, damit keine Wohnung vorzeitig dem Verfall anheimfällt und damit eine weitere Steigerung des Wohnraummangels eintritt. 2. Durch eine möglichst umfangreiche Wohnungsneubautätigkeit durch die Erfassung allen verfügbaren Wohnraumes und Ausnützung aller Baulichkeiten, die zu Wohnzwecken um- und ausgebaut werden können, eine möglichst hohe Anzahl neuer Wohnungen zu errichten. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, so werden wir uns entschließen müssen, auch die hierfür erforderlichen Mittel aufzubringen. Würden in diesem Falle die Mieterkreise versagen, so muß die Nachfrage nach Wohnungen und die Wohnungsnot selbst in einem Umfange steigen, daß die Not alle Dämme der organisierten Wohnungsbewirtschaftung durchbricht und die Mietzinsbildung und das in Bildung begriffene Wohnrecht mit in den Abgrund reißt. Die Folgen sind leicht zu übersehen.

Die Fortführung der Wohnungsbautätigkeit ist bei den heutigen Baukosten nur möglich, wenn für jede Wohnung ein erheblicher Zuschuß aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird, dessen Höhe mit der weiteren Geldentwertung steigt. Der Hauptanteil dieser Kosten aber muß aus der Wohnungswirtschaft selbst genommen werden, wie jeder, der volkswirtschaftlich zu denken vermag, zugeben muß. Darüber sind auch die Vertreter der politischen Parteien, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aller Richtungen und die Vertreter der Mieterorganisation einer Ansicht. Sie gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die Wohnungsbautätigkeit und die zur ihr gehörenden Industrien unter keinen Umständen stillgelegt werden dürfen. Die Ausschaltung dieses Wirtschaftszweiges würde den völligen Zusammenbruch unsrer gesamten Wirtschaft herbeiführen, den Millionen Wohnungsloser jede Hoffnung nehmen, jemals wieder ein eignes Heim zu bekommen und eine nicht abzusehende Arbeitslosigkeit heraufbeschwören.

Betrachten wir die neue Abgabe im Lichte dieser Tatsache, so dürfte es kaum einen einsichtigen Politiker, einen Wirtschafter geben, der nicht bereit wäre, den Mietern zu empfehlen, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Es kann eingewandt werden, daß das Reichsmietengesetz und dessen Ausführungsbestimmungen sowie das Mieterschutzgesetz große Mängel aufweisen und daß das bisherige Baukostenabgabe-Gesetz den Baustofffabrikanten und Baustoffhändlern Riesengewinne ermöglichte. Das ist zuzugeben. Die Hauptschuld daran trägt die heutige Zusammensetzung des Reichstags und die Schwierigkeiten, die heute der Durchführung jeder neuen Einrichtung entgegenstehen. So wichtig es ist, die Bedeutung dieser Vorkommnisse richtig zu erkennen und deren Abhilfe anzustreben, so darf doch nicht verkannt werden, daß es immer-

Durchführung der Kohlensperre

Essen, 2. Februar. (W. T. B.) Die Sperre um das Ruhrgebiet scheint jetzt völlig durchgeführt zu sein. Auch das Loch im Norden, durch das gestern noch einige Züge gebracht werden konnten, ist geschlossen. Die Verkehrslage hat sich gegenüber gestern verschlechtert. Die Verbindung über Herdecke ist unterbrochen, die Franzosen haben den Bahnhof besetzt. Dasselbe gilt für Hengstis. Der Personen- und Güterverkehr nach Osten geht in Ordnung vor sich. Nur Kohlen-, Koks- und Leerzüge werden von den Franzosen zurückgehalten. Die militarisierte Nordstrecke über Buer-Nord—Herden—Recklinghausen—Lünen ist für den deutschen Verkehr nach wie vor gesperrt. Die Rheinschiffahrt liegt völlig still.

Elberfeld, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Vohwinkel, südlich von Elberfeld, ist heute nachmittag durch französische Kavallerie und Infanterie besetzt worden. Die Besetzung scheint deshalb vorgenommen worden zu sein, damit die Franzosen in den Besitz des Verschiebebahnhofes kommen. Ebenso ist der Bahnhof Sinsen besetzt worden. Die Franzosen gehen neuerdings gegen die Eisenbahner an den Grenzbahnhöfen mit größter Rücksichtslosigkeit vor. In Lünen-Nord und einer Reihe andrer Bahnhöfe haben sie verlangt, über die technischen Einrichtungen und insbesondere über die Handhabung der Signale durch die deutschen Eisenbahner unterrichtet zu werden. Die Eisenbahner haben sich geweigert, diesem Verlangen Folge zu leisten.

Recklinghausen, 2. Februar. (W. T. B.) Da die fiskalischen Gruben keine Möglichkeit haben, Kohle und Koks abzufahren, stürzen sie seit der Absperrung beides auf die Halden.

•

Verstopft und versperrt

Essen, 3. Februar. Im besetzten Ruhrgebiet stehen 20 000 beladene Kohlenwagen, durch die 200 Kilometer Gleise versperrt und viele Bahnhöfe verstopft werden. Hierzu tritt ein starker Mangel an Maschinen. Es soll versucht werden, die Kohlenmengen bei Betrieben innerhalb des besetzten Gebietes auszuladen sowie die Lagerplätze der Häfen zu beschicken. Da aber sowohl hier als auch auf den Halden die Aufnahmefähigkeit sehr eingegrenzt ist, wird in der nächsten Zeit eine Einschränkung in der Kohlenförderung notwendig sein. Die Arbeiten unter Tage sollen dann auf Instandsetzungsarbeiten und auf Vorarbeiten für die Reparationsförderung ausgedehnt werden.

Essen, 3. Februar. Infolge der durch die Franzosen verursachten Verstopfung vieler Bahnhöfe ist stellenweise sogar der Lebensmitteltransport gefährdet. Die Ruhrbrücke in Herden ist von starken französischen Kräften besetzt worden, die alle mit Kohlen beladenen Autos anhalten, die Wagen entleeren und die Chauffeure mit einem entsprechenden Bon und dem entleerten Wagen zurückschicken.

•

Verkehrsaufnahme im Kölner Bezirk

Köln, 2. Februar. (W. T. B.) Der Eisenbahnverkehr im Eisenbahndirektionsbezirk Köln ist den gestern getroffenen Vereinbarungen gemäß heute im allgemeinen wieder aufgenommen worden. Der Verkehr nach Aachen ist wieder voll im Gange, ebenso nach Neuß. Auch in Richtung Koblenz kommt der Zugverkehr wieder in Gang. Die Bahnhöfe und die Strecken sind von der militärischen Besetzung geräumt worden.

Essen, 2. Februar. (W. T. B.) Das hiesige Haupt- post- und Telegraphenamt hat heute morgen den Betrieb wieder aufgenommen.

•

Ununterbrochene Ausweisungen!

Essen, 3. Februar. Die Ausweisungen werden überall fortgesetzt. Aus Köln kommt die Meldung, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, gestern abend aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen und im Auto fortgeschafft wurde. Dr. Fuchs ist Rheinländer. — Nach Meldungen aus Wiesbaden hat die Rheinlandkommission die letzten Oberregierungsräte und Regierungsräte der Regierung von Wiesbaden ihres Amtes enthoben. — Oberbürgermeister Dr. Jarres, Duisburg, der von den Franzosen in das unbesetzte Gebiet gebracht worden ist, ist Freitag wieder im Duisburger Rathause erschienen, um seine Amtsgeschäfte weiterzuführen, da er die Ausweisung nicht anerkenne.

Berlin, 3. Februar. Der Reichskanzler hatte gestern Unterredungen mit den Führern der Parteien des Reichstages über die Lage im Ruhrgebiet. Er sagte noch einmal ausdrücklich zu, **daß die Regierung alles tun werde, um die Löhne und die Ernährung der Arbeiter des besetzten Gebietes sicherzustellen.**

Essen, 2. Februar. In Weimar wurde ein Kaufmann wegen Verweigerung des Warenverkaufes an Franzosen vom Kriegsgericht zu 150 000 M. Strafe verurteilt. — Der Amtmann Wiethoff in Sobingen wurde von den Franzosen verhaftet, weil er sich geweigert hatte, Brot zu liefern. Als Protest traten alle Zechen, Geschäfte und Wirtschaften sowie auch die Verwaltung, Post und Schulen in einen Generalstreik, worauf der Verhaftete frei gelassen wurde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230203/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG